



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Fraktion GRÜNE, umwelt- und verkehrspolitischer Sprecher

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTTGART  
Konrad-Adenauer-Str. 12  
Telefon (0711) 20 63-691  
Telefax (0711) 20 63-660  
boris.palmer@gruene.de  
www.boris-palmer.de

Stuttgart, den 7. Juli 2005

## **Lohnnebenkosten senken – sozial gestaltete Mehrwertsteuererhöhung nicht ausschließen**

### **Vorstoß einer Nord-Süd-Allianz zum Entwurf des grünen Bundestagswahlprogramm**

---

Mitglieder der Grünen aus Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und anderen nördlichen Bundesländern haben für die Bundesdelegiertenkonferenz in Berlin am kommenden Wochenende mit einem Änderungsantrag zum Wahlprogrammentwurf einen gemeinsamen Vorstoß unternommen, der eine klare Aussage zur Frage der Mehrwertsteuer formuliert. „eil sich die Lohnnebenkosten insbesondere im unteren Einkommensbereich als Beschäftigungsbremse auswirkten, müsse für eine deutliche Senkung in diesem Bereich auch eine solide Gegenfinanzierung gefunden werden, sagte Boris Palmer, baden-württembergischer Landtagsabgeordneter aus Tübingen.

Der von ihm und Klaus Müller, Landtagsabgeordneter aus Schleswig-Holstein als Erstunterzeichner initiierte Antrag orientiert sich dabei am skandinavischen Modell, bei dem höhere indirekte Steuern mit einer niedrigeren Belastung der Arbeit einhergehen. Forderungen im Wahlprogramm müssten, so Boris Palmer, seriös gegenfinanziert werden. Wenn ein konsequenter Abbau von Subventionen, ein effektiveres Steuersystem und die Bekämpfung des Steuerbetrugs nicht ausreichen, um die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich spürbar zu senken, müsse auch eine sozial gestaltete Anhebung des Mehrwertsteuersatzes in der Diskussion sein. Bei der Ausgestaltung könne die Mehrbelastung von Familien durch entsprechende Ausweitung von Mehrwertsteuerermäßigungen für Kinderbedarf begrenzt werden. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Haushaltskonsolidierung oder zur Senkung des Spitzensteuersatzes komme für die Antragsteller nicht in Frage, so Boris Palmer.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Änderungsantrag Wahlprogramm

Ersetzt die Anträge WP 0797-1 und WP 0803-1:

WP 0803-1 neu:

Wir wollen die Lohnnebenkosten - insbesondere im unteren Einkommensbereich - nach skandinavischem Vorbild deutlich senken. Für uns stehen der Abbau ökologisch schädlicher Subventionen, ein effektiveres Steuersystem und die Bekämpfung des Steuerbetrugs an erster Stelle. Wenn diese Mittel ausgeschöpft sind, halten wir die Anhebung des normalen Mehrwertsteuersatzes unter der Bedingung für sinnvoll, dass die Lohnnebenkosten aufkommensneutral signifikant gesenkt werden. Gemäß skandinavischem Vorbild wollen wir die Finanzierung des Sozialstaats stärker auf Steuern und weniger auf Abgaben vom Arbeitseinkommen stützen. Den Katalog der Mehrwertsteuerermäßigungen wollen wir sozial und ökologisch neu ordnen, so dass z.B. Familien beim Kinderbedarf entlastet werden. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Haushaltskonsolidierung oder zur Senkung des Spitzensteuersatzes lehnen wir ab.

AntragstellerInnen:

Klaus Müller (MdL, KV Kiel), Boris Palmer (MdL, KV Tübingen), Anja Hajduk (MdB, GAL Hamburg), Winfried Kretschmann (MdL, KV Esslingen), Robert Habeck (LaVo, KV Schleswig-Flensburg), Krista Sager (MdB, GAL Hamburg), Reinhard Loske (KV Leverkusen), Jens Kerstan (LaVo, GAL Hamburg), Martin Hentschel (MdL, KV Plön), Thomas Oelmayer (MdL, KV Ulm), Christian Maaß (MdBÜ, GAL Hamburg), Rainer Steenblock (MdB, KV Pinnberg), Edith Sitzmann (MdL, KV Freiburg), Farid Müller (LaVo, GAL Hamburg), Grietje Bettin (MdB, KV Flensburg), Klaus-Peter Murawski (BM, KV Stuttgart), Monika Heinold (MdL, KV Segeberg), Marlis Dürkop (LaVo, GAL Hamburg), Anne Lütkes (MdL, KV Kiel), Marlies Fritzen (LaVo, KV Ostholstein)“